Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
# 1897

292 (14.12.1897) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe: Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

# Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokal-Inserate 15 Pf., für auswärtige Inserate 20 Pf., im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Parlaments-Ausgabe. Karlsruhe, den 14. Dezember 1897.

## Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

### Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 11. Dezember.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

1 Uhr. Am Bundesrathstische Fürst Hohenlohe, Frhr. v. Thielmann, Graf Posadowsky, Tirpitz u. A.

Eingegangen: ein Antrag Lenzmann-Munckel (fr. Vp.) auf Erlaß eines Gesetzes, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung.

Das Haus nimmt zunächst einen schleunigen Antrag Auer (Soz.) auf Einstellung eines gegen den Abg. Horn (Soz.) schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session einstimmig an.

Darauf wird die erste Berathung des Etats fortgesetzt.

Abg. **Fritzen** (Ctr.): Der Schatzsekretär hat uns gestern eine durchaus sachliche Darstellung über die Reichsfinanzen gegeben, er hat nur in einzelnen Punkten eine subjektive Meinung geäußert. Zu meiner Freude kann ich ihm hier in manchem beipflichten. So hat mich sowohl die Mittheilung über die Verhandlungen betreffs Abschaffung der Zuckerprämien, als auch diejenige über das neue Verfahren bei Zollstreitigkeiten sympathisch berührt. Ebenso begrüßen es meine Freunde mit Genugthuung, daß wir auch in dieser Session ein Schuldentilgungsgesetz erhalten. Unrichtig ist es, daß wir uns früher gegen eine höhere Schuldentilgung gesträubt hätten. Wir haben uns nur gegen die sogenannte Reichsfinanzreform gesträubt. Denn wir halten die Matrikularbeiträge für nothwendig, denn sie sind ein Sicherheitsventil, um neue Steuern und Abgaben zu vermeiden. Wenn wir vor zwei Jahren die uns vorgeschlagenen neuen Steuern bewilligt hätten, würden wir dauernd dem Volke neue Lasten aufgelegt haben, ohne daß dazu eine zwingende Nothwendigkeit vorhanden war. Die Matrikularbeiträge halten die Finanzminister der Einzelstaaten auch an, auf eine sparsame Wirthschaft im Reiche zu halten. Man hat uns gesagt, die Finanzreform sei im Interesse der Reichseinheit nothwendig. Aber grade dieses Gesetz trug eine partikularistische Tendenz, die weit mehr partikularistisch war, als z. B. die Forderung Bayerns nach einem eigenen obersten Militärgerichtshof. Der Schatzsekretär hat uns beim Flottengesetz die Finanzlage aufs resigste geschildert, er hat aber auch zugeben müssen, daß der Etat doch eine Verschlechterung von 10 Millionen gegen den vorjährigen Etat bedeute.

Zu den einzelnen Etats übergehend, hoffe ich zunächst, daß in der Frage des Flottengesetzes eine Verständigung zwischen Reichstag und Regierung zu Stande kommt. Dies wird geschehen, wenn auf der einen Seite ein Entgegenkommen in der Form, auf der andern Seite in der Sache geschieht. Im Kolonialetat erscheint der Zuschuß für die Usambara-Eisenbahn besonders bedeutungsvoll. In der Kommission muß dieser Zuschuß von 72000 Mk. pro Jahr besonders eingehend geprüft werden; er erscheint uns sehr gering. Wenn uns die Zweckmäßigkeit dieses Postens nachgewiesen wird, werden wir ihn gern bewilligen. Bedenklicher erscheint uns die Forderung von 250000 Mk. für den Hafen von Swakopmund. Graf Limburg-Stirum sagte in seiner Rede zur Marinevorlage, es sei bedauerlich, daß das Ansehen des deutschen Reiches, das Ansehen der Leitung des deutschen Reiches gegen früher gesunken sei. Ich muß eine solche Bemerkung als nicht wohl angebracht erklären in einem Augenblick, wo in Ostasien so wichtige Interessen für uns auf dem Spiele stehen. (Sehr richtig! im Ctr.) Aber auch sachlich bin ich mit dieser Erklärung nicht einverstanden. Ich habe durchaus kein Anzeichen dafür entdecken können. Im Gegentheil, Deutschland hat seine Stimme mit großem Gewicht in vielen auswärtigen Fragen in die Wagschale geworfen. Dem deutschen Einfluß ist es gelungen, die Einsetzung einer internationalen Schuldentilgungskommission für Griechenland zu bewirken, so daß die Hoffnung besteht, daß nach und nach die griechischen Titres eingelöst werden. Das Ansehen des deutschen Reichs ist auch nicht so gering, daß es nicht auch die ostasiatische Angelegenheit zu einem glücklichen und für das ganze Vaterland gedeihlichen Ende führen wird. (Beifall.) Beim Reichsamt des Innern möchte ich darauf hinweisen, daß der Nordostseekanal sich noch immer nicht verzinst. Wir müssen aber wohl bei diesem Schmerzenskind Resignation üben und uns mit dem Ruhme und den Vortheilen, die der Kanal für unsere Flotte hat, begnügen. Mit Freuden begrüße ich die geforderte Summe von 200000 Mark zur Förderung der Hochseefischerei. Die sozialen Gesetze sind leider nicht wieder eingebracht worden. Der neue Staatssekretär im Reichsamt des Innern ist erst wenige Monate im Amt, ich hoffe, daß er nicht mit Polizeigesetzen, wie das Vereinsgesetz eins war, operiren wird. Der beste Kampf gegen den Umsturz besteht darin, daß wir uns alle bemühen, die Lage der minder begüterten Klassen zu verbessern. Beim Militäretat hat der Kriegsminister sein Versprechen hinsichtlich der warmen Abendkost für die Mannschaften prompt erfüllt, ich glaube, daß er sich dadurch wohl verdient um die Armee gemacht hat. Die Manöverkosten haben sich nicht vermindert, mir erscheint es fraglich, ob der Nutzen der großen Manöver im Einklang mit den Kosten steht, ob nicht grade die großen Manöver die kleinen beeinträchtigen. Auch die Duellfrage möchte ich berühren. Die Allerhöchste Kabinetsordre gegen das Duell haben wir mit Freuden begrüßt. Vielleicht giebt uns der Kriegsminister hier oder in der Kommission darüber Auskunft, wie die Kabinetsordre gewirkt hat. Leider berichten die Zeitungen noch fortwährend von neuen Duellen, hier muß eingeschritten werden. Denn das Duell ist die bewußte, vorsätzliche Negation von Recht und Gesetz. Vor Allem müssen wir darauf dringen, daß diejenigen Offiziere, die ihrem Gewissen folgend, sich gegen das Duell erklären, nicht aus der Armee ausgestoßen werden. Der bairische Kriegsminister hat bereits eine entgegenkommende Erklärung abgegeben. Trotzdem aber handeln die untergeordneten Behörden noch immer anders. Zahlreiche junge Leute aus den besten Familien werden nicht zum Reserveoffizier befördert, weil sie Gegner des Duells sind, ganze Gesellschaftsklassen stehen deshalb der Armee kühl gegenüber. Das muß anders werden. Den Etat der Kriegsinvaliden haben wir im vorigen Jahre erhöht, er ist aber immer noch so niedrig dotirt, daß 3000 Invaliden keine Unterstützung erhalten, deshalb halten wir eine Erhöhung dieses Etats für angebracht. Dem neuen Staatssekretär des Reichspostamtes möchte ich die Bitte unterbreiten, seine beabsichtigten Reformen durchzuführen, ohne wohlerworbene Rechte zu gefährden. Leider sind unsere Wünsche betreffs der Sonntagsruhe und die Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten nicht erfüllt. Dagegen soll die Repräsentationszulage des Reichskanzlers um 64000 Mk. erhöht werden. Wir leben allerdings nicht mehr in patriarchalischen oder spartanischen Verhältnissen, der Kanzler kann dem Diplomaten keine schwarze Suppe vorsetzen. Dieselbe würde höchstens für die diätenlosen Abgeordneten genügen. (Heiterkeit.) Der Kanzler muß ein auskömmliches Gehalt haben, wir haben gegen die Erhöhung nichts einzuwenden. Der Schatzsekretär hat die Hoffnung ausgesprochen, daß die Zolleinnahmen weiter steigen werden. Doch haben wir keine Gewähr dafür, in der Textilindustrie zeigt sich jetzt schon eine Krisis, die Eisenindustrie scheint selbst nicht zu glauben, daß es ihr gelingen wird, auf demselben Standpunkt sich zu halten. Deshalb hat der Reichstag die Pflicht, alle Ausgaben genau zu prüfen, aber keinesfalls dürfte der gegenwärtige Moment geeignet sein, neue Steuern einzuführen. Herr Dr. Lieber hat schon gesagt, daß wir unter keinen Umständen für eine Erhöhung der indirekten Steuern zu haben sind. Aber auch die direkten Steuern haben schon eine recht ansehnliche Höhe erreicht, mancher muß ein Zehntel seines Einkommens zur Steuerkasse tragen, mancher muß sich die Steuern am Munde absparen. Deshalb muß auch der Erhöhung der Matrikularbeiträge vorgebeugt werden, da diese nothwendiger Weise erhöhte direkte Steuern nach sich ziehen. — Die Finanzlage ist keineswegs so rosig, wie sie dargestellt wird, Pflicht des Reichstages und der Regierungen ist es, für eine sparsame Wirthschaft zu sorgen. (Beifall im Centrum.)

Kriegsminister **v. Goßler:** Ich danke dem Vorredner für die wohlwollende Beurtheilung des Etats. Er hat aber eine Frage von prinzipieller Bedeutung berührt, auf die ich eingehen muß, nämlich die Duellfrage. Die Verhältnisse liegen ja ganz klar. Das Duell ist strafbar, religiöse Rücksichten sprechen dagegen, und der Allerhöchste Kriegsherr und die Militärbehörde wirken darauf hin, die Duelle zu verringern, so weit das irgend möglich ist. Daß jeder Fall anders liegt, weiß Jeder, der die Verhältnisse kennt, und da über Prinzipien zu streiten, hat in meinen Augen geringen Werth. Berichtigend bemerke ich, daß Niemand, der Offizier werden will, gefragt werden darf, wie er sich zum Duell stellt (Hört, hört!). Es sind in dieser Hinsicht ganz bestimmte Erlasse ergangen, die allen Behörden mitgetheilt worden sind. Also wenn derartige Fälle vorkommen und zur Sprache gebracht werden sollten, so wird Remedur eintreten. Die Wirkung der Allerhöchsten Verordnung vom Januar ist eine ausgezeichnete gewesen. Zu meiner Kenntniß sind zwei Fälle gekommen, in denen aktive Offiziere zum Duell geschritten sind. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, ich habe also thatsächliche Unterlagen noch nicht. Die vorläufige Untersuchung läßt aber erkennen, daß in beiden Fällen eine schwere Verletzung der häuslichen Ehre vorliegt, also eine Beleidigung schwerster Art, die ich nur auf's Höchste bedauern kann und die von den gesammten Offizieren auch bedauert werden wird. In Fällen, wo es sich um eine solche Verletzung der Ehre handelt, meine ich, muß es dem Betreffenden überlassen bleiben, was er thun will. Die häusliche Ehre ist das Höchste, was wir haben, und wer das höchste Gut des Hauses, die häusliche Ehre verletzt, der muß in meinen Augen mit seinem Leben dafür haften. Wir haben eine ganze Reihe von Fällen, wir können das nicht ändern, wo wir unbedingt zeigen müssen, daß uns die Ehre höher steht als das Leben. Was die gesetzlichen Grundlagen in der Hinsicht anbelangt, so gebe ich zu, daß das Duell strafbar ist. Bereits 1843 ist eine Verordnung des Allerhöchsten Kriegsherrn in dieser Richtung ergangen, welche für das Heer in ganz Deutschland eingeführt ist. Diese Verordnung behandelt die Ehrengerichte, die Untersuchung der zwischen Offizieren vorgefallenen Streitigkeiten und Beleidigungen und die Zweikämpfe, der zweite Theil der Verordnung regelt speziell das Duell. Diese Verordnung ist abgelöst worden durch eine andere, der zweite Theil konnte nicht aufrecht erhalten werden, weil die Strafen inzwischen durch das Reichsstrafgesetzbuch geregelt sind, wobei speziell ausgesprochen ist, daß alle militärischen Strafbestimmungen in dieser Richtung aufgehoben werden. Die Allerhöchste Verordnung vom Januar ist auf dem Wege, die Duelle wirksam zu verhindern, fortgeschritten. Meine Ansicht ist die, daß es Pflicht jedes Offizierkorps und auch jedes gebildeten Mannes ist, die guten Sitten zu wahren. Wenn man die Ehre eines Anderen ebenso hoch schätzt wie die eigene, dann verschwinden derartige Streitigkeiten. (Beifall.)

Abg. **v. Leipziger** (kons.): Die Autorität, die Fürst Bismarck in der auswärtigen Politik gehabt hat, ist am allerwenigsten von seinem Nachfolger erreicht worden. (Widerspruch links.) Aber wir haben jetzt das Vertrauen zu den Leitern der auswärtigen Politik, daß sie zu einer genügenden Autorität gelangen werden. Wir sind dazu insbesondere jetzt berechtigt angesichts der jüngsten Erfolge in China, zu denen wir den Herren nur gratuliren können. Mit dem finanziellen Erfolge der letzten Jahre sind wir zufriedener, als wir haben erwarten können. Der Wunsch des Schatzsekretärs, daß die Ueberschüsse des einen Jahres nicht zur Deckung von Defizits des nächsten Jahres, sondern zur Schuldentilgung verwendet werden mögen, ist durchaus erwägenswerth, und ich würde mich freuen, wenn dieser Vorschlag zum Beschluß erhoben würde. Sehr zu wünschen wäre es, wenn das Extraordinarium so viel wie möglich entlastet würde. Erfreulich ist es für uns, daß größere Mittel zum wirthschaftlichen Ausbau unserer Kolonien verwendet werden sollen. Zu Bedenken geben uns dagegen die Verhältnisse des Nordostseekanals Anlaß. Man kann daraus die Lehre ziehen, daß man auch bei künftigen Kanalbauten nicht wird auf Rentabilität rechnen können und das Kapital à fonds perdu geben wird. Darum kann vor langen Kanalbauten, worauf insbesondere in Preußen das Streben gerichtet ist, nicht genug gewarnt werden. Nicht allseitige Befriedigung hat der Modus erregt, welcher in der Verwendung der zur weiteren Ausschmückung des Reichstagsgebäudes bestimmten Mittel angewendet worden ist. Es wäre zu wünschen, daß bei der Disposition über diese mehr als eine Million betragende Summe die Reichstagsbaukommission, oder, falls deren Mandat erloschen sein sollte, eine besondere vom Reichstage einzusetzende Kommission mitzusprechen hätte. — Etwas gebessert hat sich ja im Augenblick die Lage der Landwirthschaft, aber sie entspricht noch nicht dem sonstigen allgemeinen Aufschwung. Der Verein Nordost basirt auf einem völligen Verkennen der landwirthschaftlichen Verhältnisse. Die kleinen Bauern haben an guten Getreidepreisen dasselbe lebhafte Interesse, wie die Großgrundbesitzer. Auf die Forderung, daß die gemischten Transitläger aufgehoben werden, ist die Regierung nicht eingegangen. Wir meinen, daß diese Maßnahme im Interesse der Landwirthschaft durchaus nothwendig ist und werden auf unsere Forderung immer wieder zurückkommen. Daß der Niedergang der Landwirthschaft mit der Währungsfrage zusammenhängt, haben auch wir immer behauptet, leider hat die Regierung uns nicht geglaubt. Das heutige Verhältniß zwischen Gold und Silber schädigt Landwirthschaft, Industrie und Handel. Diese Thatsache ist von internationaler Tragweite und wir hoffen, daß die Regierungen, wenn sie sich bisher auch in allen ihren Erklärungen der Sache ablehnend gegenübergestellt haben, doch eine baldige Aenderung eintreten lassen werden. Die Vorgänge in Frankreich und Amerika werden die Regierung hoffentlich zu einer nochmaligen wohlwollenden Prüfung der Frage veranlassen. Bezüglich der Aufhebung des Terminhandels irrt sich Herr Richter gewaltig, wenn er meint, daß die Landwirthe selbst die veränderte Situation verwünschen. Das ist nicht der Fall; im Gegentheil, ich glaube, es giebt nicht einen einzigen Landwirth in Deutschland, der sich nach dem börsenmäßigen Terminhandel in Getreide zurücksehnt. Wir erwarten daher auch von der Regierung, daß sie strikte das Börsengesetz durchführt und namentlich dafür sorgt, daß auch nicht außerhalb der Börse die verbotenen Börsengeschäfte in verkappter Form weiter betrieben werden. Der fortwährende Hinweis auf die Liebesgaben, die der Landwirthschaft zu Theil werden sollen, ist von Ihrer Seite (links) um so weniger berechtigt, als der Großhandel in den Zollkrediten in der That eine Liebesgabe erhält, wie sie auf anderen Gebieten keinem einzigen Berufszweige gewährt wird. (Sehr richtig! rechts.) Betreffs des Zuckerexports kann ich im Namen meiner Freunde wiederholt erklären, daß wir uns über eine allgemeine internationale Abschaffung der Zuckerprämien sehr freuen würden. Von der Handwerkerorganisation hoffen wir, daß sie sich weiter einleben und zum Schutze des Handwerks in erheblichem Maße beitragen wird. Zum Marineetat kann ich Namens der Mehrheit meiner politischen Freunde erklären, daß sie bereit sind, das zweite Dock schon jetzt zu bewilligen. Bei dieser Gelegenheit gedenke ich mit Trauer des untergegangenen Torpedoboots S 26, seines heldenmüthigen Kommandanten, dem Sprossen eines edlen deutschen Fürstenhauses, und seiner wackeren Mannschaft, die als echte Christen in den Tod gegangen ist (Lebhafter Beifall). Bezüglich der Schuldentilgung halte ich das jetzige Verfahren für ganz gut; man muß für die mageren Jahre sparen. Es wird aber nicht angängig sein, alle Ueberschüsse für die Schuldentilgung zu verwenden und den Einzelstaaten gar nichts zu geben, so lange sie nicht die Sicherheit haben, daß sie nicht zu erhöhten Matrikularbeiträgen herangezogen werden. (Beifall rechts.)

Abg. **Bebel** (Soz.): Daß die Ausführungen des Kriegsministers über das Duell nicht auf den Beifall des Hauses rechnen konnten, wird er vielleicht selbst gewußt haben. Es ist doch traurig, daß die Ehre der Offiziere durch nichts anders geschützt werden kann als durch Duelle. Die Erfahrungen früherer Jahre haben gezeigt, daß fast regelmäßig derjenige im Duell fiel, der als Retter seiner Ehre auftrat. Der Schluß der Ausführungen des Kriegsministers ging inhaltlich dahin: Jeder wahre die Ehre des Anderen so sehr, wie er selbst seine eigene Ehre gewahrt zu sehen wünscht! Ich bitte den Kriegsminister, seinen Einfluß dahin auszuüben, daß diese seine Forderung überall erfüllt werde, daß nicht Worte fallen, durch welche weite Kreise des deutschen Volkes sich beleidigt fühlen, daß man nicht von „vaterlandslosen Gesellen" spricht, und von einer „Rotte von Menschen, die nicht werth sind, den Namen Deutsche zu führen" — Bemerkungen, die geeignet sind, herauszufordern, provokatorisch zu wirken, um schließlich den berüchtigten Majestätsbeleidigungsparagraphen anwenden zu müssen. Der Herr Kriegsminister würde sich unsern Dank verdienen, wenn er dafür sorgte, daß derartige provozirende Aeußerungen nicht mehr fallen.

Wo es sich um die Interessen der Konsumenten handelt, werden wir selbstverständlich energisch eintreten; denn die Konsumenten sind das Gros der Steuerzahler. Wir werden auch stets bereit sein, die Landwirthschaft zu stützen, wenn dadurch nicht die Schultern der Schwachen belastet werden (Lachen rechts). Aber die Forderung erhöhter Getreide- oder Fleischsteuer wird in uns die fanatischsten Gegner finden.

Sowohl die Thronrede wie der Schatzsekretär haben unsere Finanzlage rosa in rosa gemalt. Aber, wie der Abg. Lieber bereits ausführte, ist der Höhepunkt bereits überschritten. Es ist unausbleiblich, daß eine Krisis eintreten wird, deren Folgen unübersehbar, deren Kosten aber die Arbeiter in Form sinkender Löhne und neuer Steuern zu tragen haben werden. Auch die Konsumfähigkeit würde geringer werden. Wie die neuen Ausgaben beschafft werden sollen, ist noch unklar. Sie (nach rechts) führen immer patriotische Redensarten im Munde, aber die Kosten soll das Volk tragen. Wenn etwas geeignet sein soll, den so rapid steigenden Militär- und Marine-Ausgaben einen Damm zu setzen, dann ist es nur das, daß Sie (nach rechts) gezwungen werden, die Kosten selbst zu tragen (Sehr richtig! links), dann wird die Situation mit einem Male geändert sein, und von Ihnen wird die Regierung viel schlimmere und bösere Worte hören als jetzt von uns. (Sehr richtig! links. Unruhe rechts.) Den Militäretat hat man jetzt ziemlich außer Acht gelassen, während doch nur in Verbindung mit ihm der Marineetat richtig gewürdigt werden kann. Innerhalb 10 Jahren ist der Militäretat von 363 Millionen auf 493 Millionen gestiegen, also um 35—40 Proz. Der Marineetat ist seit 1888/89 von 36 auf 53½, also um 60 Proz., der Friedensetat um 115 Proz. gewachsen. Dazu kommt die enorme Steigerung der Reichsschulden. Im Ganzen sind in den letzten 10 Jahren 7537 Millionen für Heer und Marine ausgegeben worden. (Hört! Hört! links.) Das kann so nicht weiter gehen. In der Presse wurde verkündet, daß ein neues besseres Infanteriegewehr erfunden worden sei. Wir werden also sicher über kurz oder lang unsere Infanterie mit dem neuen Gewehr ausrüsten müssen. Ebenso droht die Einführung eines neuen Artilleriegeschützes, vielleicht auch eine Vermehrung der Artillerie. Man spricht sogar von einer Vermehrung des stehenden Heeres. Ueber solche Aeußerungen, die große Beunruhigungen im Volke veranlassen, sollte die Militärverwaltung sich klipp und klar aussprechen und erklären, was daran sei. Das Centrum hat in Bezug auf die Marineveränderung eine Frontveränderung vorgenommen und zwar eine so starke Frontveränderung, wie sie selbst die national-liberale Partei in ihrem parlamentarischen Leben nicht aufzuweisen hat. Die heutige Centrumshaltung steht im schneidendsten Widerspruch zu ihrer Haltung gegenüber dem Hollmannschen Flottenplan. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Damals hat der Abg. Müller-Fulda darauf hingewiesen, daß man über die Brauchbarkeit der großen Panzerkolosse im Ernstfalle noch gar kein abschließendes Urtheil habe. Erst in neuester Zeit haben uns die Vorfälle mit der „Brandenburg" und „Württemberg" gezeigt, wie leicht diese Panzer beschädigt werden können. In den Vereinigten Staaten ist kürzlich ein Geschütz erfunden worden, dessen Durchschlagskraft so groß ist, daß der dickste Panzer glatt durchschlagen werden soll. Bewahrheitet sich dies, so sind alle Gelder für die Panzer hinausgeworfen. Maxim hat vor zwei Monaten erklärt, er habe einen Lufttorpedo erfunden, mit dem er auf sehr weite Entfernungen — auf 15 Seemeilen — einen starken Panzer in die Luft sprengen könne. (Lachen rechts.) Ich gebe zu, daß bei solchen Projekten die Phantasie eine große Rolle spielt, aber was heute noch Projekt ist, kann morgen Thatsache sein. Der neue Marineplan wird noch nicht drei Jahre in Kraft sein, da werden schon technische Erfindungen zu einer vollständigen Umänderung zwingen. In den Zeitungen hat dieser Tage die Notiz gestanden, daß die Regierung die neuen Schiffe bereits in Bau gegeben habe, obwohl sie der Reichstag noch garnicht bewilligt hat, es wäre mir doch interessant, hierüber Auskunft zu erhalten. Kontreadmiral Plüddemann soll schon einen Plan aufgestellt haben, der eine Verdoppelung des Tirpitzschen Planes herbeiführen soll. Meinen Sie, daß Deutschland dies leisten kann? Haben Sie sich schon mal überlegt, was Deutschland in einem Kriege mit Frankreich und Rußland anfangen wird? Was wird ein solcher Krieg kosten? Nach den Erfahrungen von 1870/71 habe ich zu der Opferwilligkeit der deutschen Bourgeoisie nicht das Vertrauen, daß sie die Tausende von Millionen hergeben wird, die ein solcher Krieg erfordern kann. Herr Hammacher, ein sehr erfahrener Mann, hat uns die Gefahren des Panamerikanismus, der kolossalen Expansionskraft Rußlands, der Zollpolitik Englands geschildert. Wenn er aber Recht hat, was beweist das für eine Vermehrung unserer Flotte? Wenn wir die Ausfuhr nach Amerika, Rußland und England abrechnen, dann bleibt nur eine Ausfuhr von 200 Millionen nach Ländern, für die unsre jetzige Flotte nach den Erfahrungen der letzten Zeit vollkommen ausreicht. Wir geben zu, daß Deutschland vermöge seiner Lage eine Armee haben muß, wir erkennen auch die Nothwendigkeit einer Flotte in begrenztem Maßstabe an. Man will uns damit schrecken, daß eine feindliche Flotte in unserer Küste landet. Aber der feindliche

Admiral, der dies versuchte, wäre ein Thor. Binnen zweimal 24 Stunden wäre ein Heer zur Stelle, das ihn und sein Schiff vernichtete. Deutschland darf seine finanziellen Kräfte für das Heer nicht durch die Schaffung einer großen Schlachtflotte schwächen. Ich stimme selten mit dem Fürsten Bismarck überein, aber ich gebe ihm vollständig recht, als er vor einigen Monaten in seinen Blättern verkünden ließ, eine Schlachtflotte habe etwas sehr Bedenkliches. Das Centrum hat in diesem Jahr eine eigenartige Haltung eingenommen. Früher sagte man, das Centrum sei auf dem Wege eine Regierungspartei sans phrase zu werden, jetzt ist es schon eine Partei avec phrases geworden. (Große Heiterkeit.) Das Centrum wird so lange laviren und paktiren, bis die Regierung alle Forderungen in der Tasche hat. Uns macht man den Vorwurf, die Interessen der Arbeiter nicht zu vertreten, weil Arbeiter brodlos würden, wenn der Bau von Schiffen aufhörte. Aber wenn diese Deduktion richtig wäre, müßte man doch sagen: Baut so viele Schiffe und Kasernen wie ihr nur könnt! Den Vortheil von den Bauten hat doch nur ein beschränkter Kreis von Unternehmern. Unsere Kolonien fordern dieses Jahr wiederum 10 Millionen, aber selbst bei der günstigsten Entwickelung der Kolonien können nur 6—700 deutsche Bauern dort sich ansiedeln. Und in Deutschland selbst giebt es noch genug Gebiete, die urbar gemacht werden könnten, auf denen dann Zehntausende deutscher Bauern ein Unterkommen finden würden. Aber dafür ist natürlich kein Geld vorhanden. So könnte durch Wegebauten und Kanalbauten für die Landwirthschaft unendlich viel gethan werden, aber es fehlt an den Mitteln. Beschämend ist es für uns, daß in Sachsen Zehntausende von Familien durch die Ueberschwemmungen an den Bettelstab gebracht sind, ohne daß die Regierung mit der erforderlichen Energie eingeschritten wäre. Der Staat hat für solche Zwecke kein Geld. Jetzt endlich greift der sächsische Landtag ein. In Preußen dauert es noch ein paar Monate länger, und dann ist das Frühjahr da und die nächste Ernte wird gefährdet. Der preußische Kultusminister hat kürzlich die Uebernahme einer Erbschaft, der Bibliothek des Prof. Jürgen Bona Meyer abgelehnt, weil deren Erhaltung jährlich 400 Mk. kosten würde. (Hört, hört!) In Oberschlesien haben wir 1160 Schulen, in denen 60—80 Schüler von einem Lehrer unterrichtet werden, in 258 Schulen kommen mehr als 100, in 200 mehr als 150 Schüler auf einen Lehrer. Das ist eine Schmach und Schande für einen Kulturstaat. Die Schulhäuser in Oberschlesien sind die erbärmlichsten Gebäude, die Pferdeställe der ostelbischen Junker sind Paläste dagegen. (Zustimmung links.) Wie traurig steht es mit dem Fortbildungsschulwesen aus! Wenn die Armee bezüglich der Unteroffiziere und Offiziere ebenso daran wäre, wie die Schule mit den Lehrern, so würde der Kriegsminister jedenfalls nicht zufrieden damit sein. Auf 8 oder 9 erwachsene Männer kommt ein Unteroffizier als Lehrer, auf 25 ein Offizier oder Oberlehrer (Heiterkeit). Früher war unser Schulwesen trotz alledem noch besser als das im Auslande, aber auch das hat aufgehört. Der Kriegsminister kann Ihnen aber sagen, wie wichtig gerade der intelligente Soldat für die Armee ist. Ein bairischer General spricht sich dahin aus, daß dem Bauer der weite Gesichtskreis, die Gewandtheit und die Sicherheit des Städters abgehe, die dieser in die Armee mitbringt. Es ist soweit gekommen, daß man in Folge der Entwickelung der Verhältnisse bei der Aushebung der Rekruten mehr und mehr auf die Industriebevölkerung, wo die böse Sozialdemokratie ihren Sitz hat, zurückgreifen muß. Die arbeitende Klasse ist die Grundlage der Pyramide, deren Spitze die reichen Leute bilden. Sie müssen sich doch sagen, daß das Rütteln an dieser Grundlage Sie selbst zu Boden werfen muß. Und doch nehmen Sie auf den Arbeiter keine Rücksicht. Weshalb? Weil sie sich Ihrer Menschenpflicht nicht bewußt sind, weil der Soldat in Ihnen den Menschen erstickt hat. Wäre das nicht der Fall, dann wäre eine solche Jammergeburt, wie die neue Militärstrafprozeß-Ordnung nicht möglich geworden. Eine solche Vorlage müßte einfach den Herren, die sie ersonnen, zurückgeschickt und überhaupt nicht parlamentarisch behandelt werden. Unsere Armee ist heute bereits in so hohem Grade eine Volksarmee, daß es eigentlich selbstverständlich wäre, daß ihren Angehörigen, wenn sie sich ein bürgerliches Vergehen zu Schulden kommen lassen, derselben Rechtswohlthaten und Rechtsinstitute zu Theil werden, die den andern Bürgern zu Gute kommen. Aber davon ist in der Vorlage keine Rede. Das ist die Einlösung des einen Versprechens des Fürsten Hohenlohe. Wo bleibt die Einlösung des anderen Versprechens. Ich frage den Reichskanzler: Wie steht es mit der Aufhebung des Koalitionsverbots? Als seiner Zeit gegenüber seiner Zusicherung das Bedenken laut wurde, das zu erwartende Gesetz würde vielleicht mit allerlei reaktionären Bestimmungen bepackt werden, da verwahrte Herr von Bötticher den Reichskanzler mit Entschiedenheit gegen ein solches Mißtrauen. Und was hat man uns gebracht? Ein kleines Sozialistengesetz. Das ist die Art, sich um ein gegebenes Versprechen — — herumzubewegen (Heiterkeit), um mich parlamentarisch auszudrücken. Und während der preußische Kultusminister keine 400 Mk. zur Anlage einer wichtigen Bibliothek übrig hatte, da hatte Herr von Miquel eine halbe Million für Diäten an die Abgeordneten übrig, um doch vielleicht noch dieses Gesetz durchzudrücken. (Sehr gut! links.) Das sind Zustände, die der Ehre Deutschlands nicht entsprechen; das ist ein Skandal gegenüber der deutschen Arbeiterschaft, Angesichts der Opfer, die sie dem Staatssäckel bringt, Angesichts ihrer wirthschaftlichen Leistungen, Angesichts der Thatsache, daß man in keinem anderen Kulturstaat der Welt es wagen würde, ein solches Vereinsrecht einzubringen oder nur aufrecht zu erhalten, wie es jetzt in Preußen und anderen deutschen Ländern noch aufrecht erhalten wird. Immerhin ist wenigstens das Koalitionsverbot auch in einer Reihe deutscher Staaten aufgehoben worden. In Sachsen, wo man an Arbeiterfeindlichkeit mit Preußen konkurrirt, da wollen die reaktionären Konservativen die Aufhebung verhindern und womöglich noch eine Verschärfung des bestehenden Rechtes durchsetzen. Der Minister des Innern gab dort allerdings eine ausweichende Antwort, aber wer das reaktionäre Herz des Herrn von Metzsch kennt (Heiterkeit), der weiß, daß der Kuhhandel schon beginnt. Und wie wird das Vereinsrecht gegenüber den Frauen gehandhabt! Die jetzige Lage der deutschen Frauenarbeit ist eine der traurigsten Erscheinungen der ganzen kapitalistischen Entwickelung. Ich erinnere nur an die Konfektionsbranche! Und diesen armen Mädchen wollen Sie es wehren, daß sie sich zusammenschließen, daß sie eine Besserung ihrer Lage anstreben! Unser Antrag auf Erlaß eines Reichsvereinsgesetzes wird fort und fort in jeder Session wiederkehren und hierbei wird sich meine Partei das Recht nicht nehmen lassen, im Reichstage Kritik zu üben an den Einzelstaaten, da ihr die Thür zu den Landtagen verschlossen ist. Was in Sachsen auf dem Gebiete des Vereinswesens möglich ist, können Sie ersehen aus der Broschüre, die hier vertheilt worden ist. Man muß sich fragen, sind wir in der That am Ende des 19. Jahrhunderts? Da den Sozialdemokraten die Thür zum sächsischen Landtag verschlossen ist, werden wir hier immer und immer wieder die Kritik an die sächsischen Zustände legen. Wir erleben aber in ganz Deutschland die größten Ungerechtigkeiten, seitens der Polizei; Arbeiter und Unternehmer werden mit zweierlei Maß gemessen. Der klassischste Zeuge hierfür ist Frhr. v. Berlepsch, der frühere Handelsminister. Lesen Sie nur die vorletzte Nummer der „Sozialen Praxis!" Von den Männern, welche vor 4 Jahren im Saarrevier am Kohlenstrike sich betheiligt haben, sind noch eine ganze Anzahl vorhanden, die noch keine Arbeit haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Die königliche Bergwerksverwaltung hat ihnen gesagt: Für Euch ist keine Arbeit da! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Pfui, sage ich, daß solche Zustände möglich sind! Und das nennt sich christlicher Staat! Das sind scheußliche Zustände! (Unruhe rechts.) In den Bergwerken und Salinen Saarbrückens sind in den letzten zehn Jahren nicht weniger als 9743 Arbeiter getödtet und über 17000 leicht verletzt worden. Und Angesichts solcher kolossaler Opfer, die die Arbeiter mit ihrem Leben bringen, verweigern Sie ihnen die einfachsten selbstverständlichen Rechte. In diesen Tagen hat in Oblau in Schlesien eine Versammlung stattgefunden, die beschlossen hat, dahin zu wirken, daß den Arbeitern die Freizügigkeit beschränkt, daß jeder Kontraktbruch mit Arbeitshaus bestraft werde, daß man die Verpflegungsstationen aufhebe und Findelhäuser einrichte, in welche die Kinder gesteckt werden können, damit die Mütter besser von den Unternehmern ausgebeutet werden können. Hier hört man immer, daß bei uns alles so wunderschön und nett eingerichtet sei, von solchen Zuständen erzählt man uns nichts. In dem berühmten Erlaß wird den Arbeitern auch die gesetzliche Gleichberechtigung zugesagt, wie es damit aussieht, wissen wir. In England hat ein hoher Herr gesagt: „Ich wollte, daß in England bald jeder Arbeiter organisirt wäre." Wenn in Deutschland Jemand das sagte, würde Herr von Stumm sich auf den Kopf stellen. (Große Heiterkeit.) Wie steht es in Deutschland mit dem Arbeiterschutz aus? Die berühmte Kommission für Arbeiterstatistik tritt nur selten, eben vor Eröffnung des Reichstags zusammen. Den Bäckermeistern hat der Reichskanzler eine Audienz bewilligt, die Vertreter der Bäckergesellen sind nicht von ihm empfangen worden. Die Konfektionsverordnung hat nur bewirkt, daß die Hausindustrie sich vermehrt hat. Angeblich aus Interesse für die Heiligkeit der Familie hat man die allerscheußlichste Industrie begünstigt. In den Unfallgenossenschaften hat man in der letzten Zeit eine Art von patriotischer Schundliteratur verbreitet, die nur zur Hirnverkleinerung der Arbeiter dient. Keine, auch noch so hohe Stelle hat ein Recht, die Verbreitung derartiger Literatur zu fördern. Das einseitigste Klasseninteresse kommt auch in den Verordnungen über die Grenzsperrung gegen die angebliche Seuchengefahr zum Ausdruck. Das Schweineeinfuhrverbot schädigt nicht nur den Arbeiter, nein auch die kleinen Landwirthe, das hat eine landwirthschaftliche Versammlung in Teltow anerkannt, indem sie gegen das Einfuhrverbot protestirte. Die Thronrede hat von sozialen Reformen ganz geschwiegen. Dagegen wird der Armee noch immer vom inneren Feind gesprochen. Glaubt man uns damit einzuschüchtern? Die Sozialdemokraten sind das naturnothwendige Produkt der modernen kapitalistischen Entwickelung, und wenn es damit so weiter geht, werden die Sozialdemokraten wie die Zähne des Kadmus weiter aus der Erde wachsen. Ohne Sozialdemokraten können Sie keinen Krieg führen, keine einzige Schlacht schlagen! Wenn Sie sich das vor Augen halten, müssen Sie auch dafür sorgen, daß den Arbeitern ihr Recht wird. So lange Sie dies aber nicht thun, werden wir wie bisher jeden Etat ablehnen. (Beifall bei den Soz.)

Präsident **von Buol**: Der Abg. Bebel hat im Laufe seiner Rede das Wort „Pfui" gebraucht, ich muß diesen Ausdruck für unbedingt unzulässig erklären. Nach dem Stenogramm hat er den Ausdruck aber gegenüber einer Maßnahme einer staatlichen Verwaltung gebraucht. Ich rufe deshalb den Abg. Bebel zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Fürst **zu Hohenlohe**: Der Vorredner hat leider die Person des Kaisers in die Debatte gezogen; ich kann mich nicht darauf einlassen, in eine Debatte darüber einzugehen, da nach konstitutionellen Grundsätzen es nicht zulässig ist, die Person des Monarchen in die parlamentarische Debatte hineinzuziehen. Ich muß mich darauf beschränken, die Angriffe des Abg. Bebel zurückzuweisen und die konstitutionellen Gepflogenheiten nochmals in Erinnerung zu bringen. Er hat bei dieser Gelegenheit die Frage des Koalitionsverbotes hervorgehoben. Da muß ich mich gegen die Aeußerung des Abg. Bebel verwahren, daß es sich hier um die Einlösung eines von mir gegebenen feierlichen Versprechens handelt. Ich habe schon in der Sitzung vom 23. Juni vorigen Jahres nichts anderes gethan, als der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß in verschiedenen Bundesstaaten das für die politischen Vereine erlassene Verbot, mit einander in Verbindung zu treten, außer Wirksamkeit werde gesetzt werden können. Ich habe hinzugefügt, daß es in der Absicht der Regierung liegt, die gesetzgeberische Beseitigung dieses Rechtszustandes herbeizuführen. Mehr konnte ich nicht in Aussicht stellen, da es sich um die Vorlage eines Gesetzes handelt, bei welchem beide Faktoren der Gesetzgebung in Thätigkeit treten müssen. Das ist in Aussicht gestellt worden und gar nichts anderes. Es konnte nicht mehr sein, als eine allgemeine Revision der landesgesetzlichen Vorschriften über das Vereinswesen. „Mit welchen Bedingungen dieses Gesetz bepackt sein könnte, wußten wir alle nicht." Was ich Ihnen eben vorgelesen habe, sind die Worte des Abg. Haußmann (Hört, hört! rechts.) Ich will damit nur beweisen, daß im Reichstage meine Aeußerung nicht allgemein als ein bindendes Versprechen aufgefaßt wurde, und zweitens daß man im Reichstage allgemein darauf gefaßt war, das betreffende Gesetz werde nicht pure die Aufhebung des Koalitionsverbots bringen. Ich habe die Ausführungen des Abg. Haußmann damals ohne Erwiderung gelassen, weil ich den Wunsch, aber keineswegs die Hoffnung hatte, daß ein Gesetz auf einfache Aufhebung des Koalitionsverbots die Zustimmung der gesetzgeberischen Faktoren der Einzelstaaten und insbesondere des preußischen Landtags finden würde. Was die Frage der reichsgesetzlichen Regelung dieser Frage anlangt, so wird später davon zu reden sein.

Der Abg. Bebel hat mich auch darüber interpellirt, weil ich die Bäckermeister und nicht die Bäckergesellen empfangen habe. Das liegt einfach darin, daß die Bäckereiverordnung besteht und auch zur Zeit keine Hoffnung vorhanden ist, sie abzuändern. Die Bäckermeister wollten nun die Abänderung der Verordnung beantragen, die mußte ich empfangen, die Gesellen jedoch, die nur wollten, daß die Verordnung bestehen bleibe, brauchte ich nicht zu empfangen. (Lachen links.)

Kriegsminister **v. Goßler**: Der Abg. Bebel hat einzelne Fälle erwähnt, die wohl besser erst bei der zweiten Lesung behandelt werden. Er hat ferner sich auf Zeitungsnachrichten für Mehrforderungen von Geschützen u. s. w. berufen, die in der vorgetragenen Form vollkommen falsch sind. Ueberhaupt begeht der Abgeordnete Bebel und seine Partei eine merkwürdige Inkonsequenz, wenn sie gegen die Militärforderungen auftreten, denn in dem Parteiprogramm steht die allgemeine Volkswacht, für die der letzte Mann eingezogen werden soll. Die Kosten einer derartigen Volkswacht aber würden im Kriege ganz ungeheuere sein im Verhältniß zu den jetzigen, und die einmaligen Ausgaben würden dafür etwa 3 Milliarden betragen (Heiterkeit rechts). Darauf können wohl nur Diejenigen kommen, die von der militärischen Organisation auch nicht die leiseste Vorstellung haben. Eine Reihe von Ausführungen Bebels über militärische Dinge sind vollständig unzutreffend. Wenn der Abg. Bebel meint, daß wir in einem zukünftigen Kriege auf die Sozialdemokratie angewiesen seien, so sehe ich die Zukunft nicht so schwarz an, und ich kann durchaus nicht anerkennen, daß wir mit der Sozialdemokratie werden paktiren müssen. Ich glaube, wenn man über die Partei zur richtigen Erkenntniß kommt, die Sozialdemokratie vollständig verschwinden wird.

Staatssekretär im Reichsmarineamt **Tirpitz**: Ich beabsichtige nicht, in ausführlicher Erwiderung auf die Aeußerungen des Abg. Bebel einzugehen. Nur eine Ansicht des Abg. Bebel möchte ich richtig stellen. Er glaubt, daß Fürst Bismarck gegen die Flottenvorlage sei. Ich freue mich, ihm das Gegentheil versichern zu können. Ich habe einen Brief vom Fürsten Bismarck bekommen, worin er sagt, daß, wenn er im Reichstage wäre, er für diese Vorlage stimmen würde. (Beifall rechts.)

Staatssekretär des Innern Graf **Posadowsky**: Ich behalte mir eine eingehendere Antwort vor, denn der Abg. Bebel hat eine solche Fluth von Anklagen gegen die verbündeten Regierungen vorgebracht, daß ich mich zu einer eingehend spezialisirten Antwort für verpflichtet halte. Nur eins kann ich auch jetzt nicht unerwidert lassen. Er hat gesagt, ich hätte eine Phrase bezüglich der Vorlegung der sozialen Gesetze gemacht. Ich bin zu höflich dazu, um in einer so angesehenen Versammlung, wie das deutsche Parlament, in diesen Ton zu antworten. (Beifall rechts.) Ich hätte allerdings wohl Grund dazu gehabt, denn der Abg. Bebel hat ungefähr gesagt, „die Session sei zwar kurz, der Reichstag würde die sozialen Gesetze wohl doch nicht erledigt haben, aber die Regierung hätte doch den Schein wahren können." Uns ist die soziale Gesetzgebung viel zu ernst. Wir wollen sie nicht als Agitationsmittel brauchen, sondern in langsamer, ernster Kulturarbeit das Wohl der arbeitenden Klassen fördern. (Abg. Bebel ruft: Sehr langsam!) Deshalb sind die Gesetze, die nicht über's Knie gebrochen werden können, nicht wieder vorgelegt, sondern sie einer eingehenden Prüfung unterziehen wollen. Was speziell die Unfallversicherungsgesetzgebung anlangt, so kann man zweifelhaft sein, ob man diese auf Berufsgenossenschaften basiren soll. Aber gegenwärtig basirt sie darauf und es ist unbedingt nothwendig, wenn sie ordnungsgemäß fungiren soll, sie so eingerichtet werden muß, daß die Vertreter der Berufsgenossenschaften freudig daran mitarbeiten. Es sind aber gerade von den Vertretern der Berufsgenossenschaft gegen die Beschlüsse des Reichstags so erhebliche Einwände gemacht worden, daß wir in einen Gegensatz zu den Berufsgenossenschaften getreten wären, wenn wir die Gesetze in dieser Reihe nochmals wieder vorgelegt hätten. Wenn Herr Bebel ein so hartes Urtheil über die preußische Bergwerksverwaltung in Bezug auf ein Ereigniß, das sich vor 4 Jahren im Saarrevier abgespielt hat, gefällt hat, so kann ich heute darauf nicht antworten, ich werde aber auch darauf die Antwort nicht schuldig bleiben. (Beifall rechts.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Montag 1 Uhr.

Schluß 5¼ Uhr.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Otto Reuß in Karlsruhe.


**Passendes Weihnachtsgeschenk!**

Das neue praktische

**Badische Kochbuch**

Neue (13.) Auflage,

in elegantem Leinwandband mit Goldpressung, Preis 2 Mk. 70 Pf., ist durch **Malsch & Vogel** in **Karlsruhe**, sowie alle anderen Buchhandlungen zu beziehen. 6412.10.5

**Neu! DRESDEN Neu!**

**Hôtel Wettin**

Ecke Wettiner- und Zwinger-Strasse (Postplatz) 5 Minuten vom Bahnhof Wettinger-Strasse.

In unmittelbarer Nähe des Zwingers, der Hoftheater und aller Sehenswürdigkeiten.

**Eröffnet am 1. Oktober.**

Neuerbautes modernes Hôtel, verbunden mit feinem Wein- und Bier-Restaurant I. Etage. 4862.6.5

**Mittlere Preise.**

Zimmer von 2 Mark an incl. electrisches Licht und Central-Heizung, Personen-Aufzug. Pension nach Uebereinkunft.

**Max und Moritz Canzler,**
Besitzer des Hôtel Kaiserhof, Dresden.

**Flotter Schnurrbart!**

Franz-Haar-u.-Bart-Elixir, schnellstes Mittel z. Erlang. ein. stark. Haar- u. Bartwuchs. — Verhinderg. d. Haarausfall. Dies. Elixir, tausendf. bew. in all. Pomaden, Tinct. u. Bals. entschied. vorzuziehen. **Erfolg garantirt!** à Dose M. 1.— u. 2.— nebst Gebrauchs. u. Garantiesch. Vers. discr. p. Nachn. od. Eins. d. Betrags (a. i. Briefm. all. Länder). Allein echt zu beziehen durch Parfümeriefabr. **F. W. A. Meyer,** Hamburg-Eilbeck. 4607.52.16

**1893er hochfeines**

**Kirschwasser**

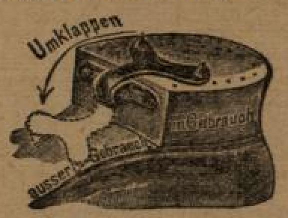
unter garantirter Aechtheit offerirt à M. 3 per Liter. Korbflaschen von 6 Liter an. 6545.10.3

**C. Hermann Leser,**
Lahr i. B.

**Volontär.**

Ein 21jähriger, kräftiger Jüngling aus der französischen Schweiz sucht in einem guten Haus auf nach Neujahr Stelle als Packer oder Ausläufer, wo er deutsch lernen kann. Gefl. Offerten mit Bedingungen richte man unter Chiffre O. 1536 L. an **Orell Füßli, Annoncen** in **Lausanne.** 6384.3.2

**Patentierte Eissporen.**




6452.80.4

**Gesetzlich geschützt.** Diese äußerst praktischen Eissporen sind der beste Schutz gegen Glatteis. Sie sind klein und leicht, beschädigen den Absatz nicht, brauchen nicht von demselben entfernt zu werden, klappern nicht, und sind außer Gebrauch unsichtbar. **Gegen vorherige Einsendung von 1 Mark (auch Briefmarken) sonst gegen Postvorschuß zu haben bei**

**C. A. Stanek in Zittau.**

Wiederverkäufern Rabatt.

**Glas-Christbaumschmuck.**

Reichsort. Kiste den Baum füllende, f. versilberte, künstlerisch bemalte und übersponnene Kugeln, Eier, Reflexe, Eiszapfen rc. für **nur M. 5.30** franco Nachnahme, liefert 6367.11.9

**Carl Kessler,**
Neuhaus am Rennweg (Thür.).
Man beziehe sich auf diese Zeitung.

3591.26.24

**Park-Hôtel**

beim Hauptbahnhof,
verbunden mit 6114.13.7
**Café und Wein-Restaurant.**

**Amerik. Austern**

(blue points) wöchentl. mit jed. Schnellb. eintreffend, M. 10.— pr. 100 Stck. franco. Versandt in Postkörben geg. Nachn.
**Ural-Caviar,** hochfein, grobkörnig, M. 5.— pr. ½ Kilo. 6457.3.2
**A. F. Vroom, Bremen.**